# Bericht über die Sitzung der Gemeinschaftsversammlung

**Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2022**
Der Haushaltsplan für das Jahr 2022 umfasst im Verwaltungshaushalt Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 886.200 € und im Vermögenshaushalt von 30.200 €. Der Haushalt ist ausgeglichen. Im Hinblick auf die Jahresrechnung muss im Haushaltjahr ein Fehlbetrag in Höhe von 71.000 € eingeplant werden. Dieser setzt sich u.a. aus einer Fehlberechnung der Löhne und Gehälter, der fehlenden Abrechnung des Zuschusses für das digitale Rathaus und die eingeplante Zuführung zum Verwaltungshaushalt aus dem Vorjahr zusammen. Der Fehlbetrag wird über die VG-Umlage abgedeckt. Die VG-Umlage erhöht sich dementsprechend von 163,28 € pro Einwohner auf 192,45 € pro Einwohner. Der Verwaltungshaushalt sind die tariflichen Lohnanpassungen eingeplant. Im Vermögenshaushalt sind 10.000 € für Anschaffungen von beweglichem Vermögen für die Verwaltung; u.a. für einen neuen Serverschrank vorgesehen. Ansonsten sind keine größeren Ausgaben vorgesehen. Die Gemeinschaftsversammlung hat die Haushaltssatzung, sowie den Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit sämtlichen Anlagen beschlossen.

**Bericht überörtliche Rechnungsprüfung 2015 – 2019**
Die Staatliche Rechnungsprüfungsstelle im Landratsamt Ansbach hat 2021 die Jahresrechnungen der Jahre 2015 – 2019 überprüft. Dabei wurden 1 Beanstandung, 3 Feststellungen und 4 Hinweise und Empfehlungen gemacht. Die Gemeinschaftsversammlung wurde über diese informiert. U.a. wurde aufgrund der Feststellung die Fälligkeit der VG-Umlage geändert. Außerdem müssen die Beschlüsse über die Jahresrechnungen neu gefasst bzw. nachgeholt werden. Es wurden noch Hinweise zur Kassenprüfung bei einem Wechsel der Kassenleitung gegeben. Die Dienstanweisung der Kasse ist zu überarbeiten. Es wurde bemängelt, dass in den letzten Jahren keine Kassenprüfungen durchgeführt wurden. Diese werden nun regelmäßig gemacht.

**Örtliche Rechnungsprüfung der Jahresrechnungen 2015, 2016 und 2018**
Wie bei der überörtlichen Rechnungsprüfung festgestellt, sind die Beschlüsse über die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnungen 2015, 2016 und 2018 nochmals zu fassen bzw. zu wiederholen. Die entsprechenden Beschlüsse wurden in der Gemeinschaftsversammlung nun entsprechend gefasst.

**Änderung der Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Tätigkeiten**
Mit der Einführung des RIS wurde festgelegt, dass für die Gremienmitglieder keine Hardware angeschafft wird, sondern diese die vorhandene eigene nutzen und dafür das Sitzungsgeld entsprechend erhöht wird. Dementsprechend wurde die Satzung geändert und das Sitzungsgeld von 20 € auf 25 € erhöht. Die Satzung wird an anderer Stelle bekannt gemacht.

**Bestellung Datenschutzbeauftragten und seines Stellvertreters**
Über die beiden Gemeinden wurde mit dem Landratsamt Ansbach ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Interkommunale Zusammenarbeit beim Datenschutz und der Informationssicherheit im Landkreis Ansbach abgeschlossen. Wie bei den beiden Gemeinden wurden nun noch Herr Bernd Wimmer zum Datenschutzbeauftragten und Herr Dirk Hahn zu seinem Stellvertreter bestellt. Der Datenschutzbeauftragter berät die Gemeinden und unterstützt diese, die erforderlichen Richtlinien und Leitlinien auszuarbeiten.